

Götz, Roland

**Research Report**

## Nach dem Gaskonflikt: Wirtschaftliche Konsequenzen für Russland, die Ukraine und die EU

SWP-Aktuell, No. 3/2006

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Götz, Roland (2006) : Nach dem Gaskonflikt: Wirtschaftliche Konsequenzen für Russland, die Ukraine und die EU, SWP-Aktuell, No. 3/2006, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254592>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Nach dem Gaskonflikt

Wirtschaftliche Konsequenzen für Russland, die Ukraine und die EU

Roland Götz

Der Streit mit Russland über den künftigen Gaspreis für die Ukraine, der am Jahresende 2005 eskalierte, wurde Anfang 2006 mit einem Kompromiss vorläufig beigelegt. Während die russische Gasprom von der getroffenen Vereinbarung finanziell profitiert, wurde Russlands Ansehen als verlässlicher Energielieferant beschädigt. Der Vorgang wirft weitergehende Fragen auf: Welche Strategie verfolgt Gasprom im post-sowjetischen Raum? Kann Russland auf europäische Abnehmer Druck ausüben? Welche Möglichkeiten haben die EU und insbesondere Deutschland, um die Energiebeziehungen mit Russland zu verbessern?

Obwohl Russlands *Gasprom* der Ukraine am 1. Januar den Gashahn zugekehrt hatte, konnte diese die zunächst verlangte Verfünffachung des Verrechnungspreises für russische Gaslieferungen abwehren, auch weil sich ukrainische Gasentnahmen bis in westeuropäische Gasnetze ausgewirkt hatten. Die Ukraine muss gemäß Vereinbarung vom 4. Januar 2006 nach wie vor weniger für Erdgas bezahlen als alle anderen GUS-Staaten – nur Belarus steht sich besser, musste *Gasprom* allerdings seine Fernpipelines übereignen (Tabelle 1).

Von der bis 2010 geltenden Vereinbarung profitieren vor allem die russische *Gasprom* und der Gaszwischenhändler *RosUkrEnergo*. *Gasprom* hatte bislang an die Ukraine Gas in natura als Gegenleistung für die Durchleitung seiner Gasexporte geliefert, das 2005 auf dem europäischen Gasmarkt rund 4 Mrd. US-Dollar erbracht hätte.

Tabelle 1

Preise für von Gasprom geliefertes Gas  
(US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup>)

	2005	2006
Deutschland	200	
Slowakei, Slowenien	180	
Westeuropa, Durchschnitt	174	250
Polen	120	
Türkei	75	
Estland, Lettland, Litauen	85–95	120–125
Moldau	80	160
Georgien	68	110
Aserbaidschan	60	110
Armenien	56	110
Ukraine	50	95
Belarus	47	47
Russland	38	46

Quelle: Bofit Weekly, (2006) 1, <[www.bofi.fi/bofit/eng/3weekly/index.stm](http://www.bofi.fi/bofit/eng/3weekly/index.stm)>; <[www.gazpromquestions.ru/news/news8.htm](http://www.gazpromquestions.ru/news/news8.htm)>.

**Tabelle 2**  
**Gasrechnungen der Ukraine 2005 und 2006**

	Menge (Mrd. m <sup>3</sup> )	Kosten (Mrd. \$)
2005		
Gas aus Turkmenistan für 44 \$ pro 1000 m <sup>3</sup>	28	1,2
Gas von Gasprom für den Transit in natura*	23	
Gasimport insgesamt	51	1,2
2006		
Gas aus Zentralasien für 95 \$ pro 1000 m <sup>3</sup>	40	3,8
Gas von Gasprom für 95 \$ pro 1000 m <sup>3</sup>	11	1,0
Gasimport insgesamt	51	4,8
Transitgebühr**		-1,8
Nettozahlung	51	3,0

\* Beim Transit von 120 Mrd. m<sup>3</sup> über 1088 km und einer Transitgebühr von 1,09 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup> je 100 km, vermindert um 250 Mio. US-Dollar zur Abzahlung von Altschulden, umgerechnet in Gas zu einem Preis von 50 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup>.

\*\* *Gasprom* hat an die Ukraine eine Transitgebühr von 1,6 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup> zu entrichten, bei sonst gleichen Bedingungen wie 2005.

Nun wird *Gasprom* 2006 und in den Folgejahren nur noch rund 2 Mrd. US-Dollar Transitgebühren zu bezahlen haben (Tabelle 2). Jegliche Subventionierung der Ukraine durch *Gasprom* entfällt nunmehr.

Die Gasrechnung der Ukraine steigt von 1,2 Mrd. US-Dollar im Jahr 2005 auf fast 5 Mrd. US-Dollar im Jahr 2006 an, weil sie nun an *RosUkrEnergo* für zentralasiatisches und russisches Gas den Einheitspreis von 95 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup> bezahlen muss. Unter Berücksichtigung der von *Gasprom* an die Ukraine zu entrichtenden Transitgebühr beläuft sich die jährliche Nettobelastung der Ukraine künftig auf rund 3 Mrd. US-Dollar.

Diese um rund 2 Mrd. US-Dollar gestiegenen Importkosten (bei einem Bruttoinlandsprodukt von rund 60 Mrd. US-Dollar) werden der Ukraine erhebliche wirtschaftliche Probleme bereiten. Ihr verbliebene allerdings der Ausweg, ihre Exportpipelines an *Gasprom* zu übertragen und die dafür

eingekommenen Mittel zur Subventionierung der Gaspreise im Inland bzw. für die Modernisierung veralteter Kraftwerke zu nutzen. Diesen Weg will man in der Ukraine – zumindest bis auf weiteres – jedoch nicht gehen.

### **Gasproms Strategie im GUS-Raum und deren Folgen**

Die ökonomisch-politischen Grundprobleme des postsowjetischen Gas- und Energiemarkts traten in dem Konflikt mit der Ukraine einmal mehr deutlich zutage:

1. *Gasprom* belieferte die GUS-Staaten bislang zu unterschiedlichen Sonderkonditionen und zudem recht günstig – verglichen mit dem auf dem europäischen Markt erzielbaren Preisen –, will sich nun aber von der aus Sowjetzeiten überkommenen Subventionierung der GUS-Nachbarn verabschieden. Dies wird deren veraltete und energieintensive Schwerindustrien weithin in den Ruin treiben. Russlands industrielle Gaskonsumenten bleiben dagegen durch staatlich festgesetzte Niedrigpreise geschützt. Zwar kann die Verteuerung des Erdgases in den betroffenen GUS-Staaten auch eine Erhöhung der Energieeffizienz und damit eine Modernisierung der Produktion sowie der kommunalen Versorger stimulieren, beides aber wird Jahre dauern und erhebliche Investitionen erfordern. Eher ist zu erwarten, dass man vermehrt auf die billigere, aber ökologisch bedenkliche Kohle- und Schwerölverbrennung übergeht bzw. die Kernkraft ausbaut.

2. Da *Gasprom* nicht nur den russischen Gasmarkt kontrolliert, sondern auch ein Monopol auf die durch Russland führenden Gaspipelines aus Zentralasien besitzt, kann es die unabhängigen russischen Gasproduzenten wie auch die zentralasiatischen Anbieter (Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan) vom direkten Exportgeschäft fernhalten. Wettbewerb auf dem GUS-Gasmarkt wird auf diese Weise weitgehend verhindert.

3. Der russische Staat nutzt *Gasprom* als Instrument seiner Industrie- und Sozial-

politik, indem er den Gaspreis auf dem Binnenmarkt reguliert. Das niedrige Preisniveau von Erdgas bewirkt in Russland dessen breiten Einsatz als industrieller Brennstoff und in der Elektrizitätserzeugung. Obwohl ökologisch vorteilhaft, hat dies wegen des fehlenden Modernisierungsdrucks auch Verschwendung zur Folge.

*Gasprom* muss zwei Drittel seiner Gasförderung (rund 300 Mrd. m<sup>3</sup>) mit Verlust auf dem Inlandsmarkt absetzen, was seine Investitionskraft beschränkt. Die erforderliche Erschließung der gewaltigen Gasvorkommen im Norden Russlands, auf die Europa setzt, wird infolgedessen verzögert.

### Diversifizierung als Instrument der Energiesicherheit

Dass der jüngste Streit mit der Ukraine um den Gaspreis – vorerst – ein rasches Ende fand, mag damit zusammenhängen, dass die russische Staatsführung ihn schnell beilegen wollte. Russland möchte sich schließlich 2006 im Rahmen der G-8-Präsidentschaft als respektable Energiemacht mit Weltbedeutung präsentieren. Während der Kreml mit der Gasaffäre sein Image beschädigt hat, gab *Gasprom* bei nüchterner Betrachtung keinen Anlass zu Zweifeln an seiner Verlässlichkeit als Lieferant. Gerade der Umstand, dass man genötigt war, die Einstellung der Gaslieferungen an die Ukraine schleunigst wieder rückgängig zu machen, verdeutlicht, dass das Drehen am Gashahn für Russland keine wirkliche Handlungsoption darstellt. Die russische Seite kann weder die Transitländer noch die europäischen Endkunden ernstlich erpressen, weil sie auf beide elementar angewiesen ist.

Nur scheinbar eröffnen »exklusive« Pipelines wie die durch das Schwarze Meer an die türkische Nordküste verlegte »Blue Stream«-oder die geplante Ostseepipeline vermehrte Handlungsmöglichkeiten, indem sie Transitländer aussparen. Die geringere Abhängigkeit von Transitstaaten wird nämlich lediglich gegen eine noch gesteigerte wechselseitige Abhängigkeit

von Lieferanten und Abnehmern eingetauscht.

**Tabelle 3**  
**Erdgaseinfuhren aus Russland 2004**

	Import aus Russland (Mrd. m <sup>3</sup> )	Anteil am gesamten Import (%)
Moldau	2,7	100
Serbien	2,3	100
Estland	0,9	100
Bulgarien	3,1	100
Finnland	4,3	100
Lettland	1,5	94
Litauen	2,9	94
Aserbaidschan	4,9	89
Ungarn	9,3	85
Griechenland	2,2	80
Slowakei	5,8	80
Österreich	6,0	77
Rumänien	4,1	70
Tschechien	6,8	69
Polen	6,3	69
Türkei	14,5	65
Belarus*	10,2	52
Ukraine*	34,3	50
Deutschland	37,3	41
Italien	21,6	35
Frankreich	13,3	30

\* Daneben erhebliche Importe aus Zentralasien.

Quelle: Aleksej Kraškov, »Rossia perekrajvaet ekonomičeskuju kartu mira« [Russland zeichnet die Weltkarte um], in: *Nezavisimaja gazeta*, 16.12.2005.

Ein hohes Maß numerischer Abhängigkeit von russischem Erdgas weisen vor allem die GUS-Staaten sowie die osteuropäischen EU-Staaten auf (Tabelle 3). Demgegenüber ist die Abhängigkeit der westeuropäischen Länder vergleichsweise gering. Dennoch sind die Europäer gut beraten, auf eine weitere räumliche Diversifizierung ihrer Energieversorgung zu setzen.

Diesem Zweck werden eine Reihe von neuen Pipelines aus Nordafrika sowie die von der türkischen Ostgrenze nach Südeuropa verlaufende »Nabucco«-Pipeline ebenso dienen wie die Flüssiggastechnologie. Sie wird die Gasversorgung geradezu

revolutionieren und den Gasmarkt – wie schon den Erdölmarkt – zu einem Weltmarkt werden lassen. Im Zuge dieser Entwicklungen werden europäische Gasimporte aus Russland zwar absolut weiter zunehmen, aber relativ zurückgehen, während die Anteile von Erdgas aus Afrika, dem Nahen Osten und dem Kaspischen Raum jedoch deutlich ansteigen werden.

**Tabelle 4**  
**Anteile an den Erdgasimporten Europas\* (%)**

	2000	2020
Afrika	30	38
Naher Osten/Kaspischer Raum/		
Andere	1	22
Russland	69	40

\* Gemeint sind alle europäischen Staaten westlich der Grenze der ehemaligen UdSSR.  
Berechnung aufgrund von Angaben in: Observatoire Méditerranéen de l'Énergie (OME), *Analysis of Future Supply Sources and Costs for Europe*, Juni 2004, <[www.ome.org/PDF/Lettres/newsletter24.pdf](http://www.ome.org/PDF/Lettres/newsletter24.pdf)>.

### Fazit: Perspektiven des östlichen Energiemarkts

Die Strategie von *Gasprom* läuft darauf hinaus, Wettbewerb auf dem postsowjetischen Gasmarkt zu begrenzen und auf den Auslandsmärkten als alleiniger Anbieter von russischem Erdgas aufzutreten. Diesem Ziel dient auch der Versuch, die Exportpipelines wieder zurückzugewinnen, die nach dem Ende der Sowjetunion in das Eigentum der Nachfolgestaaten der UdSSR gefallen waren. Diese – aus Unternehmenssicht durchaus rationale – Strategie findet die Unterstützung des Kreml, der *Gasprom* als Instrument seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik wie auch als Eckpfeiler seiner Industriepolitik im Energiesektor versteht und überdies an die Schaffung einer »Gas-OPEC« denkt, die unter Führung Russlands den Gasmarkt Europas beherrscht. Ob diese Strategie allerdings im recht verstandenen Interesse Russlands ist, muss bezweifelt werden. Denn hier entsteht ein intransparenter, dem Wettbewerb nur auf Auslandsmärkten ausgesetzter Großkonzern, der

aufgrund seiner halb privaten, halb staatlichen Natur weder seinen Aktionären noch staatlichen Kontrollgremien wirklich verpflichtet ist.

Die Strategie von *Gasprom* lässt sich grundsätzlich nicht mit den energiepolitischen Vorstellungen der EU von Wettbewerb und Nichtdiskriminierung vereinbaren. Um auf die Entwicklungen der Energiewirtschaft in Russland und seinen Nachbarstaaten in ihrem Sinne Einfluss zu nehmen, müsste die EU-Politik schärfer auf folgende Ziele ausgerichtet werden:

- ▶ Die EU sollte den Gesichtspunkt, wonach Wettbewerb im Energiebereich langfristig die besten volkswirtschaftlichen Ergebnisse zeitigt, im Energiedialog mit Russland in den Mittelpunkt stellen und insofern unter anderem eine schrittweise Abschaffung der staatlichen Regulierung des innerrussischen Erdgas-Preisniveaus fordern.
- ▶ Die EU sollte nicht vor der Weigerung Russlands kapitulieren, die Energiecharta zu ratifizieren, und sich nicht damit abfinden, dass in Russland sowohl die inländischen Produzenten als auch ausländische Lieferanten und Investoren diskriminiert werden. Die Ratifizierung der Energiecharta durch Russland sollte mehr als bislang zu einem Schwerpunktthema im EU-Russland-Energiedialog werden.
- ▶ Schließlich stellt sich insbesondere für Deutschland die Frage, wie mit dem Gastransportkonsortium, das 2002 zwischen Russland und der Ukraine vereinbart worden war und dem Deutschland beigetreten ist, weiter verfahren werden soll. Das zugrundeliegende Vertragswerk, das die beteiligten Länder zur Zusammenarbeit bei der Überholung und Erweiterung des bestehenden Pipelinenetzes sowie beim Gasexport der Ukraine verpflichtet hatte, sollte auch für weitere interessierte Staaten geöffnet werden. Dieses Konsortium könnte helfen, Konflikte um den Gastransit durch die Ukraine in die EU künftig zu vermeiden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6364